

## Für Abrüstung einsetzen – in guten wie in schlechten Zeiten

Agnieszka Brugger

Nukleare Drohgebärden sind 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges nach Europa zurückgekehrt: Sowohl Russland als auch die NATO üben sich wieder in nuklearen Muskelspielen und diskutieren offen über eine erneute Aufrüstungsspirale, eine Einigung über eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten ist nicht in Sicht und die Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages im Mai ist an dieser Frage gescheitert. Vor dem Hintergrund der Ukraine Krise und der enttäuschenden Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag waren die Rahmenbedingungen für Abrüstungspolitik und Rüstungskontrolle sicher einmal besser. Doch gerade weil es schwierig scheint, muss Schwarz-Rot erst recht Ausschau halten, welche neuen Ideen und Initiativen es gibt und wo neue Dynamik entsteht, anstatt lethargisch mit den Schultern zu zucken.

Es ist sogar noch schlimmer: Die Merkel-Regierung erweckt gerne den Eindruck, als habe sie selbst nichts mit diesen schrecklichen Massenvernichtungswaffen zu tun. Dabei lagern in Deutschland noch immer circa 20 amerikanische Atomwaffen und die Bundesregierung weiß hier sehr genau, was der Stand der Dinge ist – auch wenn sie im Parlament gerne heuchelt, dass sie nichts wisse. Im Rahmen der NATO wird Schwarz-Rot aber sehr wohl über die US-Pläne zur Modernisierung der Atomwaffen informiert und beteiligt sich auch mit knapp 31 Millionen Dollar am Umbau des Nuklearwaffenlagers in Büchel. Schwarz-Rot legt sogar noch einmal Millionen obendrauf, damit die deutschen Tornados, die Trägersysteme dieser Waffen, modernisiert werden. Es hat mit Glaubwürdigkeit wenig zu tun, schöne Bekundungen gegen Atomwaffen auf den Lippen zu tragen und gleichzeitig viel Geld für nukleare Aufrüstung auszugeben. Wenn es um den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland geht, hat die SPD mit ihren Versprechungen aus den vergangenen Jahren auf ganzer Linie versagt. Vor zwei Jahren forderte sie noch gemeinsam mit uns Grünen einen Abzug; nun verharmlost Außenminister Steinmeier die Aufrüstung der US-Atomwaffen als „lebensverlängernden Austausch von Materialien“. Die SPD verspielt mit dieser Doppelzüngigkeit in Fragen atomarer Abrüstung ihren Ruf als Friedenspartei. Die schwarz-rote Regierung befeuert auf diese

Weise die nukleare Aufrüstung in Europa und verpasst die Chance, mit einem Abzug der US-Atomwaffen ein Signal für atomare Abrüstung und ein nuklearwaffenfreies Deutschland zu setzen.

Dabei gibt es mit der Humanitären Initiative eine beeindruckende Bewegung, die von einer Reihe von Staaten und von einer lebendigen Zivilgesellschaft ausgeht. Ihr Ziel ist, die Anwendung von Atomwaffen unter allen Umständen zu verbieten. Denn egal ob vorsätzlich oder bei einem Unfall, jeder Einsatz von Atomwaffen hätte verheerende Auswirkungen auf Gesundheit, Umwelt, soziale Ordnung und die menschliche Entwicklung überhaupt. Kein Land wäre in der Lage, mit einem solchen Desaster umzugehen. Als bei der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages neue Ideen und Bewegungen für eine atomwaffenfreie Welt auf veraltete Denkmuster und zynischen Realismus stießen, zog sich die Bundesregierung in letzteres Lager zurück. Die Humanitäre Initiative könne man als NATO-Mitglied nicht unterstützen, hieß es. Das ist wahrlich eine schlechte Ausrede! Unter den 159 Unterstützerstaaten der Initiative waren mit Norwegen, Dänemark und Island gleich drei Mitgliedstaaten der NATO.

Niemand hat je behauptet, dass Abrüstungspolitik einfach wäre, besonders wenn es um die gefährlichsten und leider auch prestigeträchtigen Waffen der Menschheit geht. Abrüstungspolitik verlangt Visionen, Kreativität und Rückgrat. Wenn nun in Europa wieder mit Atomwaffen gedroht wird, ist es unsere Aufgabe, klarzumachen, dass nicht nur der Einsatz, sondern auch die Drohung mit diesen Waffen nicht akzeptabel ist. Es ist mehr als Zeit, neue Ideen und Bewegungen für nukleare Abrüstung zu unterstützen. Deutschland muss endlich eine klare Haltung einnehmen und darf sich nicht weiter hinter den Atomwaffenstaaten verstecken. Die Unterstützung der Humanitären Initiative und der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland wären ein erster und längst überfälliger Anfang. 🌐

**Agnieszka Brugger**

geb. 1985, MdB, Sprecherin für Sicherheitspolitik und Abrüstung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

[agnieszka.brugger@bundestag.de](mailto:agnieszka.brugger@bundestag.de)

